

# Die große allgemeinerpolitische Debatte im Reichstag

## Stresemann gegen die Deutschnationalen — Stegerwald und Wirth über den Geist der Demokratie — Prügelei zwischen Sozialisten und Kommunisten

Der Reichstag hat gestern in dritter Lesung den Etat für 1928. Die Beratung führte zu einer großen allgemeinen politischen Aussprache, in der neben dem Reichsaussenminister die Abg. Stegerwald und Dr. Wirth das Wort ergriffen. Die Debatte konnte aber nicht zu Ende geführt werden, da wegen des Anstiegs der Anträge, der im Zusammenhang mit dem Justizetat beraten wurde, eine wüthende Schlägerei zwischen Sozialdemokraten und Nationaldemokraten entbrach, die zum Abbruch der Sitzung führte.

Im Verlauf der gestrigen Reichstags-Sitzung führte Abg. Graf Westarp (Dn.) aus, die Vollendung des Arbeitsprogramms sei eine neue Schlichtung dafür, daß nur eine Einigung der Mitte mit den Deutschnationalen, nicht eine mit der Sozialdemokratie, feste Regierungverhältnisse und fruchtbringende Arbeit gewährleisten kann. Auf weiten Gebieten haben wir den nach unserer Ansicht erreichbaren Fortschritt nicht durchsetzen können, weil wir nicht allein die Mehrheit haben. Das gilt besonders für die auswärtige Politik. Auch wir müßten die friedliche Verständigung mit Frankreich. Sie muß aber wirklich gegenseitig sein. Dilemma sind wir bis heute nicht überkommen. Die Grenze der Geduld ist erreicht. Die Erfahrungen der letzten Monate der Außenpolitik müssen eine Mahnung sein, endlich Illusionen und Selbsttäuschungen aufzugeben. Der Redner bezieht dann die innere Politik und verweist auf die sozialpolitischen Leistungen der Regierung. Sie war auch die erste Regierung, die das Schulgeld in Angriff genommen hat. Koalitionen- und parteipolitische Rücksichten haben den Entschluß zum Scheitern gebracht. In der Wahlbewegung wird die Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung eine herausragende Rolle spielen. Dem Gedanken persönlicher Verantwortung und Verantwortung muß wieder Geltung verschafft werden.

Graf Westarp schließt unter dem beifälligen Beifall der Deutschnationalen. Wir freuen uns über die klare und klare Kompromißlosigkeit des sozialdemokratischen Redners. Wir werden diesen Kampf entschlossen aufnehmen.

### Abg. Dr. Stegerwald (Ztr.)

Erkennt an, daß seitens der Regierung in den letzten Jahren eine Reihe von Akten geleistet worden sei. Die deutsche Wirtschaft habe ihren Platz in der Weltwirtschaft wieder erlangt. Da in der Inflationzeit vernünftigen Gehalts- und Lohnempfehlungen sei wenigstens die Lebensmöglichkeit wiederhergestellt worden. Deutschland habe heute die beste Sozialversicherung der Welt. Neben der staatlichen Sozialpolitik sei aber eine soziale Staatspolitik notwendig. Es dürften nicht an die Stelle der abgedankten Landesfürsten unbedingte Industrieherren treten.

Stegerwald sprach dann die Forderung aus, alle Bürger Bürger des demokratischen Staates müßten sich als Garanten dieses Staates als Garanten der Demokratie fühlen. Es sei nicht, wenn man ihn, Stegerwald als einen Gegner der Demokratie hinstelle. Er sei auch kein Gegner Dr. Wirths. In Dr. Wirth seien starke lebendige, die für die deutsche Stellung in der Welt und für den inneren Staatsaufbau von fundamentaler Bedeutung sind. Die Gegenseite liegt nicht im Ziele, sondern in der Methode, und in dem Tempo des Vorgehens. Dr. Wirth habe in den letzten Jahren vielfach auf solchen Weg und manchmal auch in der letzten Front gekämpft. Weil er die politischen Aufgaben mit seinen politischen Freunden im einzelnen behandle, wenn er in Zentrumsversammlungen rede, bei der Zentrumsopposition bleibe, und mit der christlichen Arbeiterkammer enger Verbindung stehe, dann werde er dem deutschen Volk größere Dienste leisten als in den letzten Jahren.

### Reichsaussenminister Dr. Stresemann

Graf Westarp weist mit vollem Recht darauf hin, daß das Recht der Unverletzlichkeit im Völkerrecht nicht so gewahrt, wie wir es wünschen. Aber bilden Sie doch bitte auf die Karte der Weimarer Republik des Völkerbundes in Oberitalien ist Herr Calonder. Niemand wird von der politischen Presse mehr angegriffen als Herr Calonder. Man mag ihn, ihn als bescheidenen Agenten zu beschreiben. In der ganzen Frage: Oberitalien haben Sie recht, das Schicksal des Völkerbundes anzu- und zu verlassen. Die Frage unterliegt meiner Meinung nach gar keinem Zweifel, daß die ganz klaren Bestimmungen des Genèver Abkommens über Elternrecht usw. nicht beachtet worden sind. Auch auf anderen Gebieten ist sehr viel zu wünschen übrig.

Graf Westarp, glauben Sie denn, daß weniger zu wünschen übrigbleiben wäre, wenn wir nicht im Völkerbund wären? Glauben Sie mir, in dem Begriff der psychologischen Atmosphäre unter den Völkern ist eine Unmöglichkeit, das wir in allen Zeiten leider allzu sehr vernachlässigt haben. (Sehr richtig!)

Glauben Sie mir, Graf Westarp, die Widerstände, die sich gegen die Fortschritte in dem Verhältnis der Völker untereinander aufzuräumen haben, wie sie z. B. in der Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums zu verzeichnen waren, wären wieder nicht zu überwinden gewesen, wenn diese Atmosphäre unter den Völkern nicht vorhanden gewesen wäre. Die Aufschonung in diesem Hause über den unbedeutenden Charakter des Ereignisses ist berechtigt. Sollen Sie aber, wenn auf einem langen Wege ein ganz naturgemäßer Stillstand oder gar ein Rückschritt eingetreten ist, an diesem Wege überhaupt verzweifeln?

In Bezug auf die Frage der Abrüstung möchte ich hier betonen: es ist eine vollkommen abwegige Auffassung, wenn meine gestrige Rede vor der ausländischen Presse so aufgefaßt worden sein sollte, als ob uns ein Mißerfolg der Abrüstung erwidert wäre. Unser Ziel muß sein die Abrüstung aller Völker. Es ist ganz falsch, auf dem Wege zu diesem Ziel irgendwelche dem Eindruck erwecken zu lassen, als sei uns die Abrüstung die Hauptsache. Für eine graduelle Abrüstung, für die wir einstehen, sind alle Voraussetzungen gegeben. Wir werden die Verständigung haben, die Frage nunmehr an die Völkerbundesversammlung zu bringen. Alle Voraussetzungen dazu sind gegeben. Wenn man sagt, man könne eine Abrüstung nicht von heute auf morgen machen, so sind zehn Jahre keine Zeitpanne, die man so bezweifeln könne. Man hat ja, als man uns abriichte, auch nicht geglaubt, daß das nicht von heute auf morgen geschehen könne, sondern man hat uns getrieben. Wenn wir in dieser Frage bei dem Völkerbund Stellung nehmen, so darf es aber nicht eine Stellungnahme sein, bei der wir uns die Unterdrückung anderer Nationen nicht mehr erlauben könnten, als wenn wir den Eindruck einkommen ließen, daß uns die Abrüstung wünschenswerter sei als die Abrüstung. Graf Westarp sagt, daß das Recht, die Abrüstung zu verlangen, uns befruchtet sei. Ich weise darauf hin, daß der erste Vertreter

Frankreichs in der Abrüstungskommission es als das moralische und juristische Recht Deutschlands offiziell anerkannt hat. Dieses Wort bezieht sich auf uns. Lassen Sie mich in Bezug auf das, was Dr. Scholz von der großen Linie der Außenpolitik sprach und zu dem, was Graf Westarp über die Verschiedenheiten der Auffassung von der Entwicklung sagte, in dieser Stunde etwas Persönliches sagen. Die Außenminister mögen wechseln — das liegt in Ihrer Hand, Sie haben das verfassungsmäßige Recht —

aber ich kann nur sagen: nach den beinahe fünfjährigen Erfahrungen, während ich verantwortlich auf diesem Posten lebe, bin ich überzeugt, daß keine andere Politik zu führen ist als die, die wir bisher geführt haben. Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß ich diese Politik ändern würde, die die einzig mögliche und einzig richtige ist, die uns zu dem Ende führen kann, daß wir alle miteinander wünschen. (Beifall.)

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, dem Hohen Hause einen Geleitentwurf anzufügen, dessen Erledigung die Regierung noch vor der Auflösung des Reichstages wünscht, den Geleitentwurf über das Verbot des Waffenhandels nach China. Der Geleitentwurf ist im Auswärtigen Ausschuss bereits besprochen, und die gemeinsame Ansicht aller Parteien geht dahin, daß die Regierung alles tun soll, um deutsche Waffenlieferungen nach China zu verhindern. Es hat sich aber gezeigt, daß wir ohne ein Gesetz dabei nicht auskommen. Die Regierung hat zunächst versucht, diesen Waffenhandel nach China durch Vereinbarungen einzudämmen, die wir mit dem Ostasiatischen Verein in Hamburg und dem Verband deutscher Redner abgeschlossen haben. Bis zu einem gewissen Grade ist eine Eindämmung auch gelungen, aber auch nur bis zu einem gewissen Grade. Inzwischen hat sich der Waffenhandel nach China neue, indirekte Wege eröffnet, die unserem Zugriff entzogen sind, solange nicht gesetzliche Handhaben dagegen geschaffen sind. Wir sind uns darüber klar, daß eine völlige Verhinderung des Waffenhandels nach China nicht möglich ist, wenn nicht alle Staaten Maßnahmen gegen die Waffenfabrikation oder den Waffenhandel nach China ergreifen, soweit sie das noch nicht getan haben. Schließlich wird es ja wohl zu einer internationalen Lösung auch dieser Frage kommen. Wir unterziehen uns bereit, daran mitzuarbeiten, wollen aber nicht darauf warten, bis der schwerfällige Apparat der internationalen Verständigung tätig wird, sondern wollen durch ein deutsches Gesetz, wenigstens was die deutschen Reichsangehörigen angeht, die Waffenlieferungen verhindern. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch einer Annahme entgegenstellen, die im Ausland weit verbreitet zu sein scheint und die auch in einem Wort des britischen Außenministers in seiner gestrigen Erklärung vor dem Unterhaus wiederkehrt. Es ist nicht zutreffend, daß Deutschland einer der hauptsächlichsten Waffenlieferanten nach China ist. Nicht alle Waffen, die in China als deutsche Einfuhr erscheinen, kommen aus Deutschland. Zum Teil kommen sie auch aus anderen Ländern und sind nur den Transitweg durch Deutschland gegangen.

Auch solche Verschiffungen werden in Zukunft unmöglich sein, wenn der Reichstag, wie ich hoffe, dem Geleitentwurf der Regierung seine Zustimmung geben wird. Das Gesetz selbst wird dem Hohen Hause sofort zugehen, nachdem es, woran ich nicht zweifle, die Zustimmung des Reichsrats gefunden hat.

Nun will ich noch auf die Darlegungen des Grafen Westarp eingehen, die er heute in seiner Rede gemacht hat. Ich bin dem Grafen Westarp sehr dankbar für den sachlichen Ton seiner Ausführungen.

Wenn er aber mit der Feststellung gläubig beginnen zu können, daß das Fiasco unserer Außenpolitik allgemein anerkannt sei, so klang das doch aus dem Munde des Führers der größten Regierungspartei etwas seltsam. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Er hat darauf hingewiesen, daß sich die deutschnationale Partei — wenn ich seine Ausführungen richtig verstanden habe — in einer gewissen Zwangslage befinden habe. Er hat noch einmal wiederholt, daß die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Grundlagen der deutschen Außenpolitik, die gegeben seien durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, nicht eine nachträgliche Billigung dieser Vorgänge in sich schließt. Dieser Erklärung gegenüber muß ich doch auf die Regierungserklärung verweisen, die Reichsaussenminister Dr. Marx abgegeben hat, als die Regierung sich bildete, und in der er als das gemeinsame Ziel aller Regierungsparteien hinstellte, die bisherige Außenpolitik fortzusetzen.

Ich will Ihnen (nach rechts) doch das Eine sagen: Wenn Sie der Meinung sind, daß die Außenpolitik, die in der Koalition geführt wurde, dem nicht entsprechen hat, was haben Sie denn getan, um die Methode zu ändern? (Sehr wahr! links.)

Graf Westarp sagt, Sie hätten zu der Durchsicht Ihrer Ansichten nicht die Mehrheit gehabt. Ich habe auch nicht die Mehrheit gehabt (Heiterkeit). Wenn es nur an mir gelegen hätte, daß Sie (nach rechts) Ihre Außenpolitik nicht durchsetzen konnten, dann hätten Sie doch dem Außenminister eine andere Perspektive in der Außenpolitik eröffnen sollen. Sind Sie etwa der Ansicht, daß die Verhältnisse besser geworden wären, wenn wir nicht in den Völkerbund eingetreten wären? Ich glaube nicht! Gemäß der französischen Ministerpräsident hat gesprochen von der Ruhrpolitik und seine Ruhrpolitik verteidigt, insbesondere auch mit finanziellen Argumenten. Er hat auch gesagt, daß es die Ruhrregelung gewesen sei, die zur Verständigung über den Dawesplan geführt haben. Es ist gar kein Zweifel, daß diese psychologischen Betrachtungen vollkommen richtig sind. Denn nichts hat der Verständigung mehr geschadet als die unkluge Ruhrpolitik. (Sehr Zustimmung.) Ich möchte sagen, daß die politische Entwicklung nach rechts und die Abkehr von der Verständigungspolitik durch nichts mehr gefördert worden ist. Was hat es aber für einen Zweck, in der Gegenwart von der Vergangenheit zu sprechen. Darum hat wohl auch Poltorec davon gesprochen, daß in diesem Europa alle, auch die Neutralen, die Ruinen fortzuräumen hätten, die der Krieg geschaffen hätte. Er hat sich auch ganz präzis bereit erklärt, zu einer Annäherung und Verständigung auf intellektuellem und moralischem Gebiete zwischen allen Völkern Europas. Wir können dies die wichtigste Konklusion der ganzen Rede zu sein, die der französische Ministerpräsident gehalten hat.

### Abg. Dr. Wirth (Ztr.)

begnügte diese Aussprache, die nicht bloß Wahllegitimation, sondern ernste Auseinandersetzungen über die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren in unserer Welt. Es ist von einer kapitalistischen Weltanschauung gesprochen worden. Wenn es eine kapitalistische Weltanschauung gibt, wenn dieses Fieberfieber, das über Menschen und Völker hinweggegangen ist, das uns unter dem unheimlichen Druck der kapitalistischen Weltmächte den Verfall der Welt anzuzeigen hat, wenn dieses System des Kapitalismus das Wesen und den Sinn unseres Lebens bedeuten würde, dann wäre wahrhaftig das Leben nicht wert, gelebt zu werden; der Kapitalismus kann uns keine Weltanschauung geben. Der Kapitalismus konzentriert sich national.

Gegenüber den die Staaten und Nationen aufhebenden Tendenzen des Kapitalismus, habe ich mich im Reichstag bemüht, die Massen zu gewinnen zur Liebe zum Staat in unserer deutschen Republik. Es ist nicht die Stärke, sondern die Schwäche des Bürgertums, das sich in diesem Staat nicht die großen Massen der Völker als die aus den anderen Völkern setzen haben. (Lärm u. Zurufe rechts.)

Ich halte es für eine der größten Aufgaben, daß wir die Arbeitermassen, die am alten Staat verzweifeln, dazu bewegen, daß sie auch am neuen verzweifeln.

Das Wesen politischer Arbeit ist vielmehr, daß sie den Staat als Instrument eines politischen, sozialen und kulturellen Fortschritts benutze. Wir werden noch in den nächsten Jahren demokratischen Staates. Somit wäre es unmöglich gewesen, zu heute Graf Westarp in seiner Rede die Richtlinien und Absichten der Reichsregierung nicht nur widerlegt, sondern jagt, daß die Deutschnationalen nur auf diesem Wege mit einer gewissen Rücksichtlichkeit den Zugang zur Regierung erreichen könnten. (Lärm und Zurufe rechts.) Das Wesen der Demokratie hebt uns auf, wenn man die Verantwortung für die Politik schiebt, die man selbst mitgemacht hat. Wir haben für die oft sehr unpopuläre Politik, die wir in den ersten Nachkriegsjahren machen mußten, die volle Verantwortung getragen. (Lärm rechts.) Wir müßten um die ersten Reparationszahlungen leisten zu können, die Arbeiterklasse mit einem empfindlichen Lohnabzug belastet. Das Wesen der Demokratie hebt uns auf, wenn man die Verantwortung für die Politik schiebt, die man selbst mitgemacht hat. Wir haben für die oft sehr unpopuläre Politik, die wir in den ersten Nachkriegsjahren machen mußten, die volle Verantwortung getragen. (Lärm rechts.) Wir müßten um die ersten Reparationszahlungen leisten zu können, die Arbeiterklasse mit einem empfindlichen Lohnabzug belastet. Das Wesen der Demokratie hebt uns auf, wenn man die Verantwortung für die Politik schiebt, die man selbst mitgemacht hat. Wir haben für die oft sehr unpopuläre Politik, die wir in den ersten Nachkriegsjahren machen mußten, die volle Verantwortung getragen. (Lärm rechts.)

mann, der von der Rechten kam, hat gesagt, daß eine andere als die von uns eingeleitete Politik gar nicht möglich war. Wir müssen endlich zu dem klaren Verhältnis kommen: Es ist keine Lösung — hier Opposition! Wer in einer Regierung eintritt und gewisse Vorbehalten macht, der muß sie mitbedenken in der ersten Kabinetsitzung ansprechen. Die Auseinandersetzung, die heute zwischen Graf Westarp und Dr. Stresemann geführt wurde, hätte in der ersten Sitzung des Reichstages geführt werden müssen. Meine Oppositionsstellung gegen die Reichsregierung ist durch die heutige Rede des Grafen Westarp vollkommen gerechtfertigt worden. Ich habe mit dieser Oppositionsstellung das Risiko übernommen, dem nächsten Reichstag im Rahmen des Zentrums nicht anzugehören. Die Zentrumspartei, der ich angehöre, hat schon gegen Bismarck die demokratischen Prinzipien recht vertreten. Sie hat dem neuen demokratischen Staat so abfällig gedient. (Lärm rechts.) Ich habe mich geirrt, als Dr. Stegerwald in seiner heutigen Rede endlich das Wort sprach, das ich von seinen Lippen so gern höre, daß auch er und die ihm nachstehenden Christlichen Gewerkschaften Garantien des neuen demokratischen Staates sein wollen. Dieses Wort, zur richtigen Stunde gesprochen, ist ein wertvolles Attribut der Politik. (Lärm rechts.) Ihr Lärm ändert nichts daran, daß die Rede der Rechten bei den kommenden Wahlen vollständig überwunden wird. (Lärm, Beifall links u. i. Ztr., — Lärm und partei Rufe rechts.)

In der Einzelberatung des Justizrats wurde für Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) Bestätigung gegen einen Artikel des Reichsnationalen Abgeordneten v. Freytag-Loringhoven über die Verordnungen in der schlesischen Tagespost über die Verordnungen zur Scheidungsreform. In dem Artikel ist davon die Rede, daß die Beschlüsse einer solchen Reform einen Ehebruch auslösen und die Stelle der Ehe setzen wollen. Gegen diese bewußte Fälschung der Wahrheit müsse scharfe Verwahrung eingelegt werden. Der Artikel sei ein abschreckendes Beispiel, wie ein Wahlkampf unter anfänglichen und ritterlichen Gegebenheiten geführt werden dürfe. Zentrum, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung die Gegner der Scheidungsreform seien, hätten diesen Kampf stets in anständiger und sachlicher Weise geführt. Der Artikel des deutschnationalen Abgeordneten v. Freytag-Loringhoven aber sei dementsprechend als vornehmender des Rechtsanwaltes sich dadurch verdient gemacht. Alle Wähler müßten sich ihre Kandidaten daraufhin ansehen, ob sie den primitivsten Anforderungen an einen ritterlichen, anständigen Wahlkampf genügen.

Es wurde dann über den Annen-Konflikt ein Wort gesprochen, der im Reichsanwalt bekanntlich angefaßt worden. In der Aussprache über diesen Antrag hielt der Kommunist Hallesch eine wüthende Schimpfsprache gegen die Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Van der Vort entgegnete, er empfinde diese Angriffe als angenehme Abwechslung gegenüber den vielen Nachschimpfungen, denen die Sozialdemokraten in den letzten Tagen von Seiten der Kommunisten ausgesetzt gewesen seien. Diese Worte riefen die Kommunisten zum höchsten Wut; der Kommunist Jodsch gab ein Sozialdemokraten täuschend an, worauf ein wildes Handgemenge entstand. Diese Prügelei dauerte mehrere Minuten lang. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter trat auf den Kommunisten Wirt mit einem Spucknapf. Der Spucknapf ging in Scherben und Wirt mußte blutend fröhlich aus dem Saal geführt werden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hofes wollte dem Abg. Wirt die erste erste Hilfe leisten, dieser erklärte jedoch, er wolle lieber verbleiben, als von einem Sozialdemokraten behandelt sein. Statt dessen ließ er sich von dem deutschnationalen Abg. Dr. Hoebner verbinden.

Der Abgeordnete Eller hatte sofort bei Beginn der Schlägerei die Sitzung unterbrochen. Auf Verlangen der Reichsversammlung wurde der Abg. Jodsch von der Sitzung ausgeschlossen. Da der Abgeordnete Jodsch den Saal nicht verlassen konnte, wurde die Sitzung aufs neue unterbrochen. Die Beratungen wurden auf Freitag 10 Uhr vertagt.

### Klage gegen das bayerische Wahlgesetz

Die Parteileitung der Demokratischen Partei in Bayern hat beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches Klage wegen des bayerischen Wahlgesetzes gestellt. Die Klage wird darauf gestützt, daß das Gesetz mit den in der Reichsverfassung gelegten Grundgesetzen über die Gleichheit des Wahlrechts nicht im Einklang steht.

### Annahme des Arbeitsschutzgesetzes im Reichsrat

Im Reichsrat gab es gestern längere Erörterungen über das Arbeitsschutzgesetz, das in namentlicher Abstimmung mit 61 gegen 5 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen wurde.

Die heutige Nummer enthält das St. Venno-Blatt, das Sonntagsblatt für die Diöcese Weihen.